

Neue Zürcher Zeitung

und schweizerisches Handelsblatt

Briefadresse von Redaktion, Verlag und Druckerei:
Postfach, CH-8021 Zürich, Telefon (01) 258 11 11, Telefax 252 13 29
Anzeigenleitung: Postfach 215, CH-8021 Zürich, Telefon 258 16 77
Inlandabonnemente: Telefon (01) 258 15 30, Telefax 258 18 39
Auslandabonnemente: Telefon (01) 258 11 11, Telefax 258 18 39
Abonnementspreise und weitere Angaben Seite 4 (Impressum)

Der Zürcher Zeitung 212. Jahrgang

Schweiz
Fr. 1.50
bFr. 60.— Lit. 2200.— sKr. 12.—
dKr. 12.— IFr. 45.— Ps. 200.—
DM 2.50 hfl. 3.25 Kan. Inseln
FFr. 10.— nKr. 13.— Ps. 225.—
Dr. 260.— GS 20.— tL 6000.—
£ 0.90 Esc. 240.— Fl. 90.—

Hoffnung auf eine Lösung nach dem Erfolg der EG-Mission

Beruhigung der Lage in Jugoslawien

Die Lage in Slowenien hat sich am Montag entspannt, nachdem die Konfliktparteien in der Nacht zuvor in Gesprächen mit den drei Abgesandten der EG ihre Bereitschaft erklärt hatten, die drei Punkte des bereits vor zwei Tagen vorgelegten Vermittlungsvorschlags auch in die Tat umzusetzen. Bisher ist allerdings erst der erste erfüllt worden. Noch in der Nacht auf den Montag wurde der Kroatie Mesic zum jugoslawischen Staatsoberhaupt gewählt. Viel wird nun davon abhängen, ob es in den nächsten Wochen und Monaten doch noch gelingt, eine Einigung über die politische Neuordnung des Landes zu erzielen.

C. Sr. Zagreb, 1. Juli

In der Nacht auf den Montag sind die drei Abgesandten der EG, die Aussenminister Italiens, Gianni De Michelis, der Niederlande, Hans Van den Broek, und Luxemburgs, Jacques Poos, erneut nach Jugoslawien gekommen, um feste Garantien für die Einhaltung des bereits zwei Tage zuvor vereinbarten Drei-Punkte-Programms zur Beilegung der bewaffneten Auseinandersetzungen in Slowenien – Waffenstillstand, Rückzug der Bundesarmee in die Kasernen, Suspendierung der Verwicklung der slowenischen und kroatischen Unabhängigkeitserklärung für drei Monate und Deblockierung des Staatspräsidiums – zu erhalten. Sie waren diesmal insofern erfolgreicher, als die Präsidenten Sloweniens und Kroatiens in schriftlicher Form ihre Bereitschaft erklärten, die Umsetzung weiterer in den beiden Unabhängigkeitserklärungen enthaltener Bestimmungen für drei Monate auszusetzen.

Wahl Mesics zum Präsidiumsvorsitzenden

Noch in der Nacht auf den Montag wurde der dritte Punkt erfüllt und der Kroatie Mesic in Anwesenheit der drei Abgesandten der EG zum Vorsitzenden des Staatspräsidiums gewählt. Am 15. Mai war der turnusmäßige Wechsel an der Spitze des höchsten Staatsorgans von Serbien erteilt worden. Mesic gilt als ein Pragmatiker und wird innerhalb der kroatischen Regierungspartei dem gemässigten Flügel zugerechnet. Der slowenische Vertreter im Staatspräsidium, Dmosek, nahm an der Sitzung in Belgrad nicht teil. Laut Angaben aus Ljubljana will er seine Funktionen erst wieder nach dem Abschluss des Rückzugs der Einheiten der Bundesarmee in die Kasernen wahrnehmen. Mit der Zustimmung zum Drei-



Ein Angehöriger der slowenischen Territorialverteidigung bei der Zeitungslektüre. Die Schlagzeile lautet: «Wir sind die Sieger des Nervenkriegs.» (Bild Reuters)

Punkte-Plan der EG und der Wahl von Stipe Mesic sind die Probleme nicht gelöst, sondern nur aufgeschoben worden. Das Land hat damit aber immerhin eine dringend notwendige Atempause für neue Gespräche gewonnen. Nach wie vor gibt es offenbar Meinungsverschiedenheiten über die Modalitäten des Rückzugs der Bundes- truppen. Zur Bereinigung der Differenzen ist eine gemischte Kommission eingesetzt worden. Die slowenische Führung hat am Montag betont, dass der Armee nur das Recht zustehe, die «grüne Grenze», also die Gebiete zwischen den Grenz- übergängen, zu bewachen. Die Kontrolle der Zollstationen selbst beste allein Slowenien zu. Slowenien und Kroatiens haben die EG auch gefordert, internationale Beobachter zu entsen- den, die überprüfen sollten, ob die drei Punkte des Kompromissvorschlags auch in die Tat umge- setzt werden.

Interpretationen

Der Präsident Kroatiens, Tudjman, bezeichnete am Montag an einer Pressekonferenz die Wahl von Mesic als einen politischen Sieg Kroatiens. Das neue Staatsoberhaupt sei ein Garant dafür, dass die Konflikte künftig nicht mehr mit militäri- schen Mitteln, sondern auf demokratische Weise gelöst würden. Eine andere Frage allerdings ist, ob Mesic als Vorsitzender des zerstrittenen Präsi- diums und als Oberkommandierender der Streit- kräfte überhaupt genügend politische Macht haben wird, um sich durchzusetzen und die Armee von der Politik fernzuhalten. Was den zweiten Punkt der Vereinbarung betrifft, so be- tonnte Tudjman erneut, dass keine bereits vom Parlament gefassten Beschlüsse ausser Kraft ge- setzt werden könnten. Es gehe nur um die Ausset- zung der für die nächste Zeit vorgesehenen Schritte im Prozess der Loslösung von Jugo- slawien.

Tudjman äusserte auch die Überzeugung, dass es nach dem Rückzug der Armee in die Kasernen einfacher sein werde, die verfassungsmässige Ordnung in dem – auf dem Territorium Kroatiens wiederrechtlich gebildeten – «autonomen» serbi- schen Gebiet Krajina und in den ethnisch ge- mischten Regionen im Osten Sloweniens wieder- herzustellen, da die serbischen Extremisten bei ihren Aktionen oft von den Angehörigen der dorthin entsandten Einheiten der Bundesarmee unterstützt würden. Laut Angaben von Radio Zagreb sind in der vergangenen Nacht in der sla- worischen Stadt Virovitica drei Offiziere verhaftet

worden, die Waffen an serbische Zivilisten verteilt haben sollen. In den nächsten drei Monaten müssten, so Tudjman, erneut Gespräche über die Bildung eines neuen Bundes souveräner Staaten oder – falls dies nicht möglich sei – über ein friedliches Auseinandergehen geführt werden.

Es ist allerdings angesichts der unvereinbaren Positionen und der fehlenden Kompromissbereitschaft höchst unwahrscheinlich, dass solche Ver- handlungen diesmal erfolgreicher sein werden als in der Vergangenheit. Bei den bisherigen Gesprä- chen zwischen den Republikpräsidenten sind sich die Exponenten der beiden Blöcke keinen Milli- meter nähergekommen. Nach Auffassung des slo- wenischen Präsidenten, Kucan, sollten diesmal auch Vertreter der Streitkräfte daran teilnehmen, da es sich in den letzten Tagen gezeigt habe, dass die Regierung nicht in der Lage sei, die Armee unter Kontrolle zu halten. Ministerpräsident Mar- kovic hat dies auch selbst eingestanden. Nach den Verhandlungen vom Sonntag nachmittag mit der slowenischen Führung in Ljubljana wies er laut einem Bericht der kroatischen Zeitung «Vjesnik» jegliche Verantwortung für die Intervention von sich. Er sei, so erklärte er, nicht genau informiert gewesen über die Ereignisse in Slowenien. Er habe den Ernst der Lage erst begriffen, als in die slowenische Führung wegen der Gefahr von Luft- angriffen in einem Bunker Schutz suchen musste.

Diskreditierte Armee

Die entscheidende Frage wird sein, wie die Armee, die sich in den Augen der Öffentlichkeit mit dieser Intervention und den Angriffen auf Zivilfahrzeuge völlig diskreditiert hat, sich künftig verhalten wird. Tudjman bezeichnete sie an der Pressekonferenz als letztes Überbleibsel des kommu- nistisch-dogmatischen und unitaristisch-zentra- listischen Regimes. Es wird zudem immer deutlicher, dass die Streitkräfte auch militärisch eine Niederlage erlitten haben. Jedenfalls gelang es ihnen bei weitem nicht, die Zollübergänge zu besetzen. Dies hängt vor allem auch damit zu- sammen, dass die Armeeführung wohl nicht mit einem ernsthaften Widerstand der slowenischen Territorialverteidigung gerechnet hatte. Zudem war die Aktion offenbar schlecht geplant und organisiert. Die Versorgung der Truppen klappte ebensowenig wie die Kommunikation. Auch han- delten manche Offiziere eigenmächtig. Dazu kommt, dass – gemäss slowenischen Angaben vom Sonntag abend – über 780 Angehörige der Bundesarmee, und zwar nicht nur Slowenen, ihre Einheiten verlassen haben oder übergelaufen sind. Auch seien über 1700 gefangenengenommen wor- den, unter ihnen 169 Offiziere. Bis zum Sonntag nachmittag sind gemäss diesen Angaben 39 Ange- hörige der Bundesarmee sowie 11 Mitglieder der slowenischen Territorialverteidigung und 13Zivi- listen ums Leben gekommen.

Schiesserei

Belgrad, 1. Juli. (ap) Zu einer Schiesserei sei es am Montag morgen in der von Serben bewohnten Gemeinde Borovo Selo im Osten Kroatiens ge- kommen. Die Agentur Tanjug meldete, dem Schusswechsel sei ein heftiges Feuergefecht in den Nachtstunden vorausgegangen, bei dem auch Granatwerfer eingesetzt worden seien. Dieses Ge- fecht sei durch Vermittlung der Bundesarmee be- endet worden. Die Verkehrsverbindungen von

Schweden stellt EG-Beitrittsgesuch

Kritische Begleitöne aus Brüssel

nz, Stockholm, 1. Juli

Ministerpräsident Carlsson hat am Montag in Begleitung von Aussenminister Andersson und Aussenhandelsministerin Gradin das EG-Bei- trittsgesuch des Königreichs Schweden in Den Haag dem niederländischen Aussenminister van den Broek, dem Vorsitzenden des EG-Minister- rats, überreicht. Im Gegensatz zu Österreich hat Schweden im Schreiben an die Europäische Ge- meinschaft keinen Neutralitätsvorbehalt ange- bracht. Stockholm stellt sich auf den Standpunkt, dass die EG-Mitgliedschaft Schwedens mit der Fortführung einer eigenständigen Neutralitäts- politik, insbesondere dem Festhalten an der mili- tärischen Allianzfreiheit, nach den Umwälzungen in Zentral- und Osteuropa vereinbar geworden ist. Diese Beurteilungswiese ist jedoch umstritten.

Es ist wohl kein Zufall, dass der niederländi- sche Ministerpräsident Lubbers Position gegen die schwedische Neutralitätspolitik bezogen hat. In einem Interview, das in «Dagens Nyheter» am Sonntag publiziert wurde, bezeichnet Lubbers die schwedische Neutralitätspolitik als antiquiert. Die politische Union der EG werde auf lange Sicht eine klare Identität in Verteidigungsfragen brin- gen, und es sei denkbar, dass ein Mitgliedsland dann noch eigene politische Wege beschreiten könne. Doch nicht nur von EG-Seite ist die Posi- tion der schwedischen Regierung kritisiert wor- den. Die von Carlsson Mitte Juni vor dem Reichstag verlesene EG-Erklärung war von den Medien kühl aufgenommen worden. Die mit den bürgerlichen Parteien ausgehandelte Kompro- misslinie in der Neutralitätspolitik Schwedens überzeuge vielenorts nicht.

Borovo Selo in die Nachbarorte seien noch unter- brochen. In Borovo Selo waren Anfang Mai bei Kämpfen zwischen bewaffneten Einwohnern und kroatischen Polizisten 15 Menschen getötet wor- den.

Rückzugsbefehl des Staatspräsidiums

Belgrad, 1. Juli. (ap) Das jugoslawische Staats- präsidium unter dem Vorsitz des Kroaten Stipe Mesic hat am Montag abend die bedingungslose Einstellung der Kämpfe in Slowenien verlangt. Sowohl die Einheiten der jugoslawischen Volks- armee als auch die slowenischen Verbände wur- den zum «sofortigen Rückzug» aufgefordert. Wie die Nachrichtenagentur Tanjug weiter berichtete, ordnete das Staatspräsidium auch die Freilassung aller Gefangenen auf beiden Seiten an.

Entlassung eines Generals

Belgrad, 1. Juli. (ap) Wie die amtliche jugo- slawische Nachrichtenagentur Tanjug unter Be- rufung auf das jugoslawische Verteidigungsmini- stersium meldete, ist am Montag der Befehlshaber des 5. Militärbezirks, Generalleutnant Konrad Kosek, seines Kommandos entbunden und durch Generalleutnant Vukota Avramovic ersetzt wor- den. Kosek wurde für den harten Militärsinsatz gegen Slowenien verantwortlich gemacht. (Kommentar auf Seite 3)

Aktive Rolle Österreichs in der Slowenien-Krise Pressekritik an der «Feigheit» der EG und der USA

Die österreichische Bundesregierung hat in den letzten Tagen in der Slowenien-Krise eine rege diplomatische Tätigkeit entwickelt. Die Massenmedien und die führenden Politiker wer- fen der EG und den USA vor, die Situation nicht richtig eingeschätzt zu haben.

dk, Wien, 1. Juli

Die österreichische Bundesregierung, die sich anfänglich zu den Unabhängigkeitserklärungen Sloweniens und Kroatiens sehr zurückhaltend ge- äussert hatte, ist nach den blutigen Ereignissen im Krisengebiet und unter dem Druck der öffent- lichen Meinung deutlich aus der Reserve heraus- getreten. Bundeskanzler Vranitzky hob zwar her- vor, dass Österreich nur «im Gleichklang mit der internationalen Staatengemeinschaft» vorgehen werde. Gleichzeitig äusserte er sich aber kritisch über die anderen Staaten, die vielfach noch nicht begriffen hätten, worum es eigentlich gehe. In vie- len europäischen Staatskanzleien herrsche noch wenig Klarheit über die wirkliche Lage.

Der Kanzler wies am Montag darauf hin, dass die im Rahmen der KSZE-Vereinbarung akzep-

tierten Prinzipien, Werte und Ziele auch durchge- setzt werden müssten. Die Wiener Diplomatie, die seit einigen Tagen auf Hochoctoren läuf und sich selbstbewusst als Drehscheibe der interna- tionalen Politik empfindet, bemüht sich nicht nur, in Europa die Zauderer zu einer klaren Haltung zu bewegen. Der Generalsekretär im Ausseamt, Thomas Klesil, ist zu einem Blitzbesuch in die USA aufgebrochen, um die österreichische Hal- tung, die da und dort, so heisst es im Aussemini- stersium, auf Kritik gestossen sei, darzulegen und Washington zu einer differenzierteren Haltung zu bewegen.

Dezierte Stellungnahmen

Auf der gleichen Linie befindet sich auch der soeben gewählte neue Parteichef der Volkspartei, Erhard Busek, der in den nächsten Tagen das Amt des Vizekanzlers übernehmen dürfte, er-

Tagesinformation

Einzug der libanesischen Armee in Sidon

Die libanesischen Armee ist am Montag morgen in die südliba- nesischen Hafensidon eingetroffen, um nach 16jähriger Herr- schaft verschiedener Milizen auch hier die staatliche Autorität wieder herzustellen. Seite 3

Vorschlag für die Reorganisation der Bundesanwaltschaft

Eine vom Bundesrat beauftragte Unternehmensberatungsfirma empfiehlt in ihren Vorschlägen zur Reorganisation der Bundes- anwaltschaft die Entflechtung von polizeilichen und richter- lichen Funktionen. Die polizeilichen Aufgaben sollen in einem Bundesamt für Polizei und Rechtshilfe zusammengefasst wer- den, der Bundesanwalt hätte sich auf die Funktion des öffent- lichen Anklägers zu konzentrieren. Seite 19

Gefängnisstrafen im Insiderfall um SKA-Aktien

Das Zürcher Bezirksgericht hat gegen drei Zürcher Börsenhändler im Zusammenhang mit dem Insiderfall vom März 1989, der sich um den widerrechtlichen Handel mit Aktien der Schweize- rischen Kreditanstalt (SKA) drehte, Gefängnisstrafen zwischen drei und fünf Monaten ausgesprochen. Seite 33

Kanton Zürich: Informationen als Mittel gegen die Ozonbelastung

Mit einer breit angelegten Informationskampagne soll die Be- völkerung über die komplexe Ozonproblematik aufgeklärt wer- den sowie über die Möglichkeiten, mit denen jeder Einzelne zur Reduktion der Belastung beitragen kann. Als Neuhieb wird eine der Wetterprognose ähnliche Ozonvorhersage eingeführt. Seite 49

Ivan Lendl erneut in Wimbledon gescheitert

Der als Nummer 3 gesetzte Ivan Lendl ist in der 3. Runde der All England Tennis Championships am Amerikaner David Wheaton gescheitert und hat damit sein letztes grosses Ziel, einen Erfolg in Wimbledon, erneut verpasst. Seite 55

Inhaltsübersicht Umfang 60 Seiten

Ausland	1-5	Stadt und Kanton Zürich	49-53
Wetter und Vermischtes	7, 9	Sport	55-57
Inland	19-21		
Feuilleton	23	Beilagen:	
Roman	24		
Radio und TV	29/30	Luftfahrt	25/26
Wirtschaft	31-37	Briefe	
Börsen	39-47	an die NZZ	27

Anzeigen-Überblick Seite 2